

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/111

Bonn, den 15. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Schöne Helden !

43

Ungereimtheiten zum Thema "Studentenaustausch"

2

Schwerpunkte der Vernunft in Hessen

48

Der Mensch im Mittelpunkt
des langfristigen hessischen Landesentwicklungsplanes
Von Herbert Bermeitinger

3 - 4

Zwischen Brüssel und Moskau

60

Vor dem Besuch de Gaulles in der Sowjetunion
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLEIEDERUNG bringt heute:

Deutschland in den Grenzen von 1937
Die Spaltung Deutschlands aus der Welt schaffen
Versöhnung verlangt Gegenseitigkeit
Ein Faktor in der deutschen Politik
Wir haben gute Argumente
Schnecken tempo des Flüchtlingshilfegesetz
HAUPTMANN-Büste in die Regensburger Walhalla

+ + +

Schöne Helden !

Ungereimtheiten zum Thema "Studentenaustausch"

sp - Seit Jahren haben Funktionäre der kommunistischen FDJ in sogenannten Kontaktgesprächen mit Studenten westdeutscher Universitäten immer wieder erklärt, man solle doch versuchen, den Zusammenhalt der deutschen Universitäten diesseits und jenseits der Zonengrenze dadurch zu wahren, daß man - gewissermaßen über den Kopf der Autoritäten hinweg - "unmittelbare Kontakte" pflege. Es gab viele Unterhaltungen von Studenten mitteldeutscher Universitäten mit Studenten mehrerer Universitäten in der Bundesrepublik über diese Frage

Wegen dieser mehr oder weniger sporadischen Fühlungen auf unterer Ebene war es in der Vergangenheit mehrfach zu Diskussionen innerhalb des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) gekommen. Die "andere Seite" versuchte stets, Einflußnahme auf diese Diskussionen zu nehmen, in der Hoffnung, den Spaltwurm in den VDS hineintragen zu können.

Nun hat der VDS dieser Tage dem Zentralrat der kommunistischen FDJ in Ostberlin einen sehr interessanten und das gesamte studentische Leben umfassenden Meinungsaustausch sowie unmittelbare vor den Zentralen der Verbände organisierten Studentenaustausch vorgeschlagen.

Irgendwie muß es jedoch in Pankow einen Kurzschluß gegeben haben, denn entgegen allen Erwartungen erteilte der Zentralrat der FDJ den Studentenschaften eine Absage.

Aber Kurzschluß hin, Kurzschluß her, ungereimt wirkt die Begründung für diese Absage.

- * Laut sowjetzonaler Nachrichtenagentur ADN stellte der FDJ-
- * Zentralrat fest, den westdeutschen Studenten gehe es "mehr
- * um allgemeine Propaganda und Verleumdung der DDR, als um
- * ein sachliches Gespräch über das Anliegen der Jugend beider
- * deutscher Staaten".

Das ist ein Rückzieher auf der ganzen Linie. Dennoch: Der Verband Deutscher Studentenschaften sollte sich der Mühe unterziehen, möglichst alle Protokolle und Niederschriften über frühere Kontaktgespräche westdeutscher Studenten mit Angehörigen der kommunistischen FDJ zu sammeln und zu veröffentlichen. Sehr schnell würde sich dabei herausstellen, wieviel die Beschwörungen kommunistischer Jugendfunktionäre wert sind, die immer wieder versichert hatten, man brauche doch gar nicht über "Grundsatzfragen" zu reden, es genüge, wenn man erst einmal Kontakt aufnehme und sich "in den studentischen Fragen näherkomme". - Demals hielten es die FDJ-Funktionäre sicher für ausgeschlossen, daß der VDS eines Tages mit einem konkreten Angebot herausrücken würde. Jetzt, da dieses Angebot vorliegt, zieht man sich in Pankow auf "Grundsatzfragen" zurück.

Schöne Helden!

+

-

- 2 -

Schwerpunkt der Vernunft in Hessen

Der Mensch im Mittelpunkt des langfristigen hessischen Landesentwicklungsplanes

Von Herbert Bermeitinger

"Im Mittelpunkt aller unserer Bemühungen steht immer der Mensch und sein Wohlergehen, der Mann an der Werkbank, am Schreibtisch, am Pflug, der Mensch in seiner Not, die Jugend und das Alter." Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn bestätigte mit diesen Worten in seiner Regierungserklärung von 1959 noch einmal ausdrücklich das Leitmotiv der von ihm geleiteten hessischen Landesregierung, die dieses auch jetzt auf den langfristigen Landesentwicklungsplan übertragen hat.

So sind es auch im "Großen Hessenplan," der nach den Vorausberechnungen der Landesregierung in einem Jahrzehnt eine Investitionssumme von rund 33 Milliarden Mark zum Wohle des einzelnen Menschen und im Interesse der Gemeinschaft bindet, ausgesprochene Schwerpunkte der Vernunft, die bei der Aufeinanderabstimmung der einzelnen Projektgruppen gesetzt wurden.

Fast 3,4 Milliarden Mark von den 13,5 Milliarden Landesmitteln fließen im Großen Hessenplan dem Wohnungswesen zu. Mit 25,1 Prozent aller Landesmittel wird damit die Bedeutung dieser Maßnahmen auf dem Wohnungssektor auch zahlenmäßig unterstrichen.

Die Bedeutung, die dem Verkehrswesen zukommt, findet ebenfalls ihren deutlichen Niederschlag: 12,8 Prozent aller Landesmittel, das sind 1 720 Millionen Mark, werden in den Landesstraßen investiert. Hinzu kommen weitere 800 Millionen DM für die Gemeindestraßen, 315 Millionen DM für die übrigen verkehrspolitischen Maßnahmen einschließlich des U-Bahn-Baues in Frankfurt, so daß von den Gesamtaufwendungen des Landes für Projekte des Großen Hessenplanes insgesamt 22,5 Prozent der Verbesserung des Verkehrswesens dienen.

Die Förderung der Landwirtschaft, die mit 1 280 Millionen DM auf der Ausgabeliste der Landesmittel im Großen Hessenplan zu Buch steht, leistet einen gesamtwirtschaftlich nicht zu unterschätzenden Beitrag für das Gemeinwohl.

1 172 Millionen DM für die Erweiterung der Universitäten, 1 120 Millionen DM für die allgemeinbildenden Schulen und 389 Millionen DM für den Ausbau der beruflichen Schulen schon die Investitionen des Großen Hessenplanes vor. Das ergibt einen Gesamtanteil von 19,9 Prozent.

Die Priorität der Einzelmaßnahmen des Großen Hessenplanes wird also vom optimalen Nutzeffekt für den Menschen bestimmt. Sie trägt den Notwendigkeiten Rechnung, schafft rechtzeitig die Voraussetzungen für eine gesicherte Zukunft und schlägt damit auch Brücken in das neue Jahrhundert, das sich für unsere Kinder und Enkel bereits am Horizont abzeichnet.

Übrigens hat auch Bundeskanzler Erhard in seiner Regierungserklärung vom November 1965 Schwerpunkte und Rangfolgen im Bereich der Sozialinvestitionen angekündigt. Bis jetzt ist es aber - wie so oft - bei der Ankündigung geblieben, obschon doch gerade im Hinblick auf die kritische Finanzlage des Bundes einem solchen Schwerpunktprogramm die Priorität Nr. 1 hätte zukommen müssen. Aber Bonn ist nicht Wiesbaden und Erhard nicht Georg-August Zinn.

Zwischen Brüssel und Moskau

Vor dem Besuch de Gaulles in der Sowjetunion

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Zwischen dem "Kompromiß" von Brüssel und de Gaulles Staatsbesuch in der Sowjetunion besteht ein direkter Zusammenhang. Mit seinem Gipfelgespräch im Kreml erreicht der französische Generalpräsident in diesen Junitagen einen seit langem erstrebten Höhepunkt seiner politischen Laufbahn.

Frankreich und die Sowjetunion sind nach de Gaulles Auffassung seit eh und je die beiden für europäische Fragen hauptverantwortlichen "Großmächte". (De Gaulle spricht fast nie von der "Sowjetunion", sondern stets von "Rußland", weil er das kommunistische Regime nur als vorübergehenden historischen "Unfall" betrachtet.)

Deutschland im Mittelpunkt

Das wichtigste europäische Problem ist selbstverständlich die Lösung der deutschen Frage. Paris und Moskau sind sich darüber einig, daß diese Lösung hauptsächlich "im europäischen Rahmen" erfolgen soll, insbesondere unter Mitwirkung aller west- und osteuropäischen Nachbarn Deutschlands, der einstigen Opfer der Hitleraggression. Moskau und Paris stimmen auch darin überein, daß die gegenwärtigen West-Ost-Grenzen, also insbesondere die Oder-Neiße-Linie, in einem künftigen Friedensvertrag anerkannt werden müssen und daß Deutschland keinen Zugang zu Atomwaffen haben soll.

Die Übereinstimmung zwischen Kreml und Elysee geht also in der deutschen Frage sehr weit; sie war es schon lange vor dem gegenwärtigen französisch-sowjetischen Gipfelgespräch. Meinungsverschiedenheiten gibt es vor allem bezüglich der Möglichkeiten der deutschen Wiedervereinigung. De Gaulle meint, diese sei "in den gegebenen Grenzen" möglich und wünschenswert, um dem Aufkommen eines neuen deutschen Nationalismus vorzubeugen. Das Ulbrichtregime sei keine lebensfähige Konstruktion. Die Sicherheit der Sowjetunion wäre mit einem atomwaffenfreien in festen Grenzen vereinten Deutschland besser gewährleistet als im gegenwärtigen Wettrüsten der beiden deutschen Staaten. Diese Argumente de Gaulles stoßen bis jetzt im Kreml auf Skepsis. Auch Anspielungen auf

einen gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitsvertrag konnten bis jetzt das sowjetische Eis in der deutschen Frage nicht brechen.

Man ersieht daraus, auf welcher Ebene sich die Deutschlanddebatte zwischen Frankreich und den Sowjets bewegt und man begreift, warum Frankreichs NATO-Bindungen in den letzten Monaten vor der Moskareise weitgehend gelockert wurden. De Gaulle ist entschlossen, im Kreml als "unbelasteter Gesprächspartner mit möglichst großer Manöverfreiheit aufzutreten.

In Brüssel erreichte de Gaulle, was er erreichen wollte

Die Brüsseler NATO-Tagung zog die Bilanz der bisherigen Atlantikkrise. Die zweckoptimistischen Kommuniqués täuschen nicht darüber hinweg, daß der offene Bruch nur vorläufig vermieden wurde, als die 14 NATO-Partner dem gaullistischen Frankreich entgegenkamen: Keinerlei Tadel für de Gaulles eigenmächtige Beschlüsse, der Austritt der französischen Offiziere aus sämtlichen integrierten NATO-Stäben wird hingenommen, alle militärischen NATO-Befehlsstellen verlassen zu dem von de Gaulle vorgeschriebenen Iatum französischen Boden. Nur der rein politische Atlantikrat darf bis auf weiteres an der Porte Dauphine bleiben; das einzige Zugeständnis, das von der französischen Regierung von Anfang an gemacht wurde.

Wettlauf zur Entspannung?

Von hervorragender Bedeutung sind die Brüsseler Empfehlungen für friedliche Kontakte mit Osteuropa. Der Atlantikrat verwandelt sich somit aus einer militärischen Abwehrorganisation gegen den Ostblock zu einem Rahmen der friedlichen Verständigung mit Osteuropa. Man kann von einem "allgemeinen Wettlauf zur Entspannung" sprechen.

Frankreich hat in diesem Rennen Vorsprung. Die Brüsseler Atlantiktagung und die Moskauer Session des Warschauer Paktes beweisen, daß auch die anderen Staaten den gleichen Trend verfolgen. Ob man in Bonner Regierungskreisen die Zeichen der Zeit verstanden hat, scheint aus Pariser Sicht zweifelhaft. Nach de Gaulles Kremllvisite könnten sich die Dinge überstürzen.